Hausärzteverband Sachsen-Anhalt e.V.* Grabenstraße 9* 39218 Schönebeck

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)
Ulrike Elsner
Askanischer Platz 1
10963 Berlin

Schönebeck, den 12.06.2026

Offener Brief an die Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Frau Ulrike Elsner

Sehr geehrte Frau Elsner,

mit großem Befremden haben wir Ihre Äußerungen zu den angekündigten Protesten der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte gegen die geplanten Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen zur Kenntnis genommen. Wer die Sorgen und Warnungen derjenigen, die tagtäglich die ambulante Versorgung von Millionen gesetzlich Versicherten sicherstellen, als „unseriös“ und „verantwortungslos“ bezeichnet, verkennt die Realität in den Praxen unseres Landes.

Hausärztinnen und Hausärzte erleben täglich die Folgen einer alternden Bevölkerung, einer steigenden Krankheitslast, zunehmender Bürokratie und eines immer gravierenderen Fachkräftemangels. Gleichzeitig werden seit Jahren zusätzliche Aufgaben aus dem stationären Bereich in die ambulante Versorgung verlagert. Trotz dieser Entwicklung gelingt es den Praxisteams bundesweit, die wohnortnahe medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten – häufig an der Belastungsgrenze.

Vor diesem Hintergrund ist es weder nachvollziehbar noch angemessen, denjenigen Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, die auf die möglichen Folgen weiterer Einschnitte aufmerksam machen. Die Sorgen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind keine interessengeleitete Rhetorik. Sie entspringen der täglichen Erfahrung in der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten.

Besonders irritierend ist die Botschaft, die aus Ihren Äußerungen spricht: Die ambulante Versorgung soll offenbar erneut als finanzpolitische Manövriermasse herhalten. Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte haben das Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung nicht verursacht. Dennoch sollen sie die Folgen gesundheitspolitischer Fehlentwicklungen mittragen.

Dabei wird häufig ausgeblendet, dass Arztpraxen nicht nur Orte der medizinischen Versorgung, sondern zugleich Arbeitgeber und mittelständische Wirtschaftsunternehmen sind. Hausärztinnen und Hausärzte tragen Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Auszubildende, für moderne Praxisstrukturen, für Digitalisierung und für eine hochwertige medizinische Versorgung vor Ort.

Die pauschale Abqualifizierung berechtigter Sorgen als „unseriös“ und „verantwortungslos“ wird der Verantwortung der Ärztinnen und Ärzte sowie ihrer Praxisteams nicht gerecht. Sie sendet zudem ein fatales Signal an diejenigen, die trotz zunehmender Belastungen jeden Tag die ambulante Versorgung aufrechterhalten.

Wer über Jahre versicherungsfremde Leistungen aus Beitragsmitteln finanziert, notwendige Strukturreformen verschleppt und gleichzeitig immer neue Aufgaben in die ambulante Versorgung verlagert, darf sich nicht wundern, wenn die Belastungsgrenzen erreicht werden. Die Antwort auf die finanziellen Herausforderungen der gesetzlichen Krankenversicherung kann nicht darin bestehen, ausgerechnet denjenigen Mittel zu entziehen, die den größten Teil der Patientenversorgung übernehmen.

Allein für Sachsen-Anhalt beläuft sich das prognostizierte Verlustvolumen auf rund 48,4 Millionen Euro, davon mehr als 15 Millionen Euro im hausärztlichen Bereich. Wer behauptet, derartige Einschnitte blieben ohne Auswirkungen auf die Versorgung, verkennt die Realität.

Eine leistungsfähige ambulante Versorgung entsteht nicht durch politische Ankündigungen oder statistische Betrachtungen. Sie entsteht durch engagierte Praxisteams, durch Investitionen, durch unternehmerische Verantwortung und durch Menschen, die bereit sind, täglich Verantwortung für ihre Patientinnen und Patienten zu übernehmen.

Wir erwarten deshalb einen respektvollen und sachlichen Umgang mit denjenigen, die die ambulante Versorgung unseres Landes tragen. Kritik an gesundheitspolitischen Entscheidungen und Warnungen vor den Folgen geplanter Einschnitte sind kein Ausdruck von Verantwortungslosigkeit. Sie sind Ausdruck der Verantwortung gegenüber unseren Patientinnen und Patienten.

Verantwortungslos ist nicht der Hinweis auf drohende Versorgungsprobleme. Verantwortungslos wäre es, die Warnungen aus den Praxen zu ignorieren und die ambulante Versorgung weiter zu schwächen.

Wer heute Honorarkürzungen als folgenlos darstellt, riskiert morgen längere Wartezeiten, weniger Versorgungskapazitäten und eine weitere Überlastung eines Systems, das vielerorts bereits an seine Grenzen stößt.

Die Leidtragenden wären am Ende nicht die Ärztinnen und Ärzte. Die Leidtragenden wären die Patientinnen und Patienten.

Im Namen des Vorstandes

Dr. med. Andrea Morawe
1. stellv. Vorsitzende des Hausärzteverbandes Sachsen- Anhalt e.V.